

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	344
		TOP:	26
	Verhandlung	Drucksache:	383/2019
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	03.07.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Umsetzung Starke-Familien-Gesetz im Schulbereich Entfall des Eigenanteils beim Mittagessen		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 29.05.2019, GRDRs 383/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Aufgrund des vom Bund verabschiedeten "Starke-Familien-Gesetzes" entfällt ab dem 01.08.2019 für Schülerinnen und Schüler mit Bonuscard und Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz in den städtischen Schulen, die ein gemeinsames Mittagessen anbieten, der Eigenanteil von einem Euro pro Essen. Der Bund trägt hierfür die Kosten. Entsprechend wird ab dem Schuljahr 2019/2020 an allen Schulen in der Trägerschaft der Stadt Stuttgart, die ein gemeinsames Mittagessen anbieten, das Essen für Schülerinnen und Schüler mit Bonuscard kostenfrei angeboten.
2. Für Schülerinnen und Schüler mit Bonuscard, die keine Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz erhalten, übernimmt die Stadt weiterhin die Essenskosten auf freiwilliger Basis.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die Entlastung von Bonuscard-Familien begrüßt StR Körner (SPD). Seine Frage, ob Schülerinnen und Schüler mit Bonuscard, die keine Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz erhalten, auch um 20 €/Monat entlastet werden, bejaht die Vorsitzende.

Von StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS), der sich ebenfalls positiv zum Beschlussantrag äußert, wird daran erinnert, dass seine Fraktionsgemeinschaft in der Vergangenheit mehrfach kostenloses Mittagessen für Bonuscard-Kinder erfolglos beantragt hat.

BMin Fezer stellt danach fest:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchUB
 9. AfD
 10. LKR